

Energie-Control Austria
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

Abteilung für Umwelt- und Energiepolitik
Wiedner Hauptstraße 63 | 1045 Wien
T 05 90 900-DW | F 05 90 900-269
E up@wko.at
W wko.at/up

Per E-Mail: recht-post@e-control.at

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom	Unser Zeichen, Sachbearbeiter	Durchwahl	Datum
V CF G 01/24	Up/0159/24/Hü/Mi	3007	11.11.2024
	DI Claudia Hübsch		

Erdgas-ClearingentgelteVO 2023 - Novelle 2025; Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Wirtschaftskammer Österreich dankt für die Übermittlung der Begutachtungsunterlagen zu oben genannter Verordnung und nimmt dazu wie folgt Stellung.

In wirtschaftlich ohnehin enorm angespannten und herausfordernden Zeiten, in denen Unternehmen mit massiven Teuerungen in allen Bereichen konfrontiert sind, ist eine Erhöhung der Erdgas-Clearingentgelte nicht angebracht. Auch im Jahr 2024 haben insbesondere kleinere und mittlere Gewerbebetriebe noch immer mit hohen Rohstoff- und Energiepreisen sowie mit massiven Kostensteigerungen bei Verpackungsmaterial und Personalkosten zu kämpfen. Die derzeitige Energiepreissituation hat bereits einen untragbaren Zustand für alle Handwerksbetriebe erreicht. Die Strompreise sind zwar im Jahr 2024 wieder gesunken, aber die Energieversorgungsunternehmen haben die Senkung nicht an die Verbraucher weitergegeben. Der Strompreis für kleine und mittlere Handwerksbetriebe ist daher auf einem sehr hohen Niveau stehen geblieben.

Dies ist umso eklatanter, weil es neben der vorgesehenen Erhöhung der Clearingentgelte im Marktgebiet Ost per 1.1.2025 (Anhebung bei den Verbrauchsumsätzen + 23 %, bei den Handelsumsätzen + 41 %) österreichweit mit Jahresbeginn 2025 noch drastische Netzentgelterhöhungen und ohnehin - so nicht kurzfristig, wie seitens WKÖ nachdrücklich gefordert, von politischer Seite eingegriffen wird - per 1.1.2025 zu einem sprunghaften Anstieg der Energieabgaben kommen wird. Die Aussetzung von Erneuerbaren-Förderpauschale und -förderbeitrag läuft ebenso aus wie die Reduktion der Elektrizitäts- und der Erdgasabgabe. Zusätzlich steigt der nationale CO₂-Preis von 45 auf 55 Euro pro Tonne an.

Es wird daher auch bei dieser Gelegenheit ein Netzinfrastrukturfonds zur Dämpfung der Kostensteigerungen im Zuge des notwendigen Netzausbaus (für Strom, Methan und Wasserstoff) neuerlich nachdrücklich gefordert.

Die geplante Erhöhung der Erdgas-Clearingentgelte um 23 % bis 41 % setzt insbesondere große Erdgasverbraucher erheblich unter Druck. Die Standortattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit, vor allem für exportorientierte, erdgasabhängige mittelständische und größere Unternehmen, sind dadurch ernsthaft gefährdet, weshalb die Anhebung der Clearing-Entgelte abgelehnt wird.

Wir danken für die Möglichkeit zur Stellungnahme und bitten um Berücksichtigung.

Freundliche Grüße

Dr. Harald Mahrer
Präsident

Karlheinz Kopf
Generalsekretär